

»Das ist einfach nur geschmacklos«

Nach Wahl von Linken-Politikerin zur Landesverfassungsrichterin brechen sich antikommunistische Ressentiments Bahn. Ein Gespräch mit Barbara Borchardt

Kristian Stemmler

Sie sind im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im zweiten Anlauf zur Landesverfassungsrichterin gewählt worden. Seit Tagen laufen Vertreter der bürgerlichen Parteien Sturm, weil Sie Mitglied der Linken-Parteiströmung Antikapitalistische Linke, kurz AKL, sind (jW berichtete). Hat Sie das überrascht?

Ja, denn ich bin bereits seit 2017 stellvertretendes Mitglied des Landesverfassungsgerichtes. Schon damals war meine Mitgliedschaft in der AKL bekannt. 66 Landtagsabgeordnete haben damals an der Wahl teilgenommen, 63 Stimmen waren gültig, ich erhielt davon 50.

Die CDU-Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat ihre eigenen Parteifreunde in Schwerin dafür kritisiert, dass diese Sie gewählt haben. Wie kam es überhaupt dazu, dass CDU-Vertreter für Sie stimmten, und was sagen Sie zu der Kritik Kramp-Karrenbauers?

Die CDU-Chefin hat reflexartig und offensichtlich ohne Kenntnis reagiert. Gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Landesverfassung werden die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts auf gemeinsamen Vorschlag eines besonderen Ausschusses gewählt, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtags. Die Fraktionen prüfen die Vorschläge und müssen sich dann darüber verständigen. Außerdem kennen mich viele Abgeordnete aus meiner Zeit im Landtag. Wertschätzung gibt es manchmal auch über Partei- oder Fraktionsgrenzen hinweg.

Moniert wird an dem Vorgang vor allem, die AKL sei eine »verfassungsfeindliche« Organisation und das vertrage sich nicht mit Ihrem neuen Amt. Wie sehen Sie das?

In erster Linie bin ich Mitglied der Partei Die Linke. Darüber hinaus bin ich Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaften und der AKL. Ich kann nicht erkennen, dass die letztere eine verfassungsfeindliche Organisation ist. Sie ist ein Zusammenschluss in der Partei. Die wesentlichen Aktionsfelder, so liest man in dem Bericht, sind »Antikapitalismus«, »Antiimperialismus«, »Antifaschismus« und »Antimilitarismus«. Das betrifft alles Fragen, die durch das Grundgesetz und unsere Landesverfassung gedeckt sind. Dass der Bundesverfassungsschutz die AKL allerdings als extremistisch einstuft, halte ich für einen Anachronismus und eine bedachte Diskriminierung der Partei Die Linke.

FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg sieht in Ihrer Wahl eine »Verharmlosung der SED-Diktatur« und erklärte, Sie brächten »statt juristischer Kompetenz und Erfahrung eine Kaderkarriere in der SED« mit. Was entgegnen Sie dem?

Ich weiß nicht, wieso sich die FDP-Generalsekretärin darüber ein Urteil anmaßt. Ich habe ein durch den Einigungsvertrag anerkanntes Staatsexamen, Diplomjurist. Und ja, ich bin von der »Qualifikation« her DDR-Bürgerin. Für meinen beruflichen Werdegang in der DDR brauche ich mich nicht zu schämen. In der Bundesrepublik Deutschland war ich arbeitslos, habe mich beruflich neu orientiert, war Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, leitete hier den Petitionsausschuss, war Mitglied des Rechtsausschusses usw. Im übrigen haben die Mitglieder des besonderen Ausschusses genau diese Frage geprüft und offensichtlich keine Zweifel gehabt.

CSU-Generalsekretär Markus Blume hat gar bei Twitter eine Fotomontage mit einem Konterfei von Ihnen in Richterrobe unter Hammer und Sichel gepostet, flankiert von Abbildungen von Lenin und Stalin. Die Aufschrift: »Linksextremistin wird Verfassungsrichterin!«. Was fällt Ihnen dazu ein?

Ganz ehrlich: Nichts! Das ist einfach nur geschmacklos, politisch voll daneben!

Was können Sie angesichts des Proteststurms als Verfassungsrichterin in antikapitalistischem Sinne bewirken?

Ich wurde am 15. Mai als Verfassungsrichterin gewählt und werde am Donnerstag zu unserer ersten gemeinsamen Sitzung nach Greifswald fahren. Als Verfassungsrichterin fühle ich mich keiner Partei – auch nicht meiner – irgendwie verpflichtet. Der Maßstab sind das Grundgesetz, die Landesverfassung, die Gesetze – das gesamte normative Recht und meine eigene richterliche Überzeugung, mein Standpunkt von Rechtlichkeit, Billigkeit und Richtigkeit.

Barbara Borchardt ist Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern und saß von 1998 bis 2002 sowie 2004 bis 2016 für Die Linke im dortigen Landtag

<https://www.jungewelt.de/artikel/379045.wahl-in-mecklenburg-vorpommern-das-ist-einfach-nur-geschmacklos.html>